

Lösungshinweise zu Kapitel 11:

Fallbeispiel 11.1: Währungsreform und Währungsunion (0)

Lösungshinweise:

1)

	Währungsreform	Währungsunion
Hoheitsgebiet	ein Land	mehrere, politisch souveräne Länder
Ausgangspunkt	(sehr) hohe Inflationsraten, bis hin zur Hyperinflation	mehrere, tendenziell stabile Währungen
Ziele	geldpolitischer Neuanfang, Entschuldung des Landes	Erzielung ökonomischer Vorteile einer gemeinsamen Währung, Impuls für politische Integration
Methode	Ersatz der schwachen Währung durch stabile neue Währung	Erweiterung des Währungsraums durch Zusammenführung der Teilnehmerwährungen
Vermögenswirkung	Vorteile für Schuldner und Sachvermögensbesitzer, Nachteile für Gläubiger und Geldvermögensbesitzer	keine Vermögensänderung, da es sich nur um eine technische Währungsumstellung handelt

2) Es gibt zwei Wege:

- a) Fixierung unwiderruflich fester Wechselkurse
- b) Einführung einer gemeinsamen Währung

Fallbeispiel 11.2: Asymmetrische Schocks in der EWU (+)

Lösungshinweise:

1)

	Deutschland	Frankreich
Bruttoinlandsprodukt	steigt	sinkt
Außenbeitrag	steigt	sinkt
Inflationsrate	steigt	sinkt

2)

	Deutschland	Frankreich
Wechselkurs	Aufwertung	Abwertung
Leitzins	Zinserhöhung	Zinssenkung

3) In einer EWU stehen weder der Wechselkurs noch der Zins als Anpassungsinstrument bereit.

4)

Kriterium für einen optimalen Währungsraum	hoch	gering	erfüllt (ja/nein)
Arbeitskräftemobilität	X		ja
Preis- und Lohnflexibilität	X		nein
Offenheitsgrad der beteiligten Volkswirtschaften	X		ja
Diversifizierung der Branchenstruktur in den Ländern	X		ja

Fallbeispiel 11.3: Währungsumstellung Ostmark zur DM und DM zu Euro (++)

Lösungshinweise:

1)

- a) Für die Sparer, Lohnempfänger und Rentner, kurzum die normalen Leute, war diese Regelung sicher gut. Wenn das durchschnittliche Einkommen bei 1/3 des Westniveaus gelegen und einen Umtauschkurs von 1:4 gewählt hätte, so hätte dies 12 Prozent des Westniveaus entsprochen. Der Umtauschkurs von 1:2 sieht zwar aus wie eine Halbierung der Nominalwerte, entspricht aber mit Blick auf den „realistischen“ Kurs von 1:4 einem relativ höheren Wert. Zu bedenken ist jedoch, dass die Einkommen und Renten deutlich unterhalb des westdeutschen Niveaus lagen.

Bei einem Kurs von 1:1 und einem durchschnittlichen Produktivitätsniveau von 1/3 des Westniveaus kommt es im Innenverhältnis zu einem drastischen Anstieg der Lohnstückkosten. Problematisch ist der gewählte Kurs von 1:1 also für die Unternehmen. Faktisch bedeutet dies gegenüber dem Kurs von 1:4 im Außenverhältnis der DM für die früheren DDR-Unternehmen eine Aufwertung von 400 Prozent und einen nahezu vollständigen Verlust an Wettbewerbsfähigkeit. Angenommen, der DDR-Devisenmarkt wäre bei einem Wechselkurs von 1:4 im Gleichgewicht, d. h. die DDR-Wirtschaft würde genau so viel Güter exportieren können, wie sie importiert, dann bewirkt der niedrigere Kurs 1:1, dass viele Güter, die zuvor in Eigenproduktion hergestellt wurden, nunmehr preiswerter importiert werden. Bei diesem günstigen Kurs präferieren die DDR-Bürger Güter aus Westdeutschland oder anderen Ländern. Die eigene Industrie muss die Produktion einstellen und Arbeitskräfte entlassen. Umgekehrt ist die Exportindustrie kaum in der Lage, ihre Güter zu diesem niedrigen Preis herstellen zu können. Selbst bei höheren Preisen hätte sie aufgrund der geringen Qualität erhebliche Absatzprobleme, zumindest auf den Märkten der Industrieländer.

- b) Eine Umstellung von 1:1 würde für den Staat eine drastische Zunahme der DM Zinsverpflichtungen bedeuten. Die Schulden der DDR-Unternehmen können, nicht im Verhältnis 1:1 umgestellt werden, da sie dann mit einem obsoleten Kapitalstock, hohen DM-Schulden und einer entsprechend hohen Zinsverpflichtung in den Wettbewerb entlassen würden.

2

a)

1. Schritt	DM-Betrag im ECU-Währungskorb	0,6242 DM
2. Schritt	DM-US-\$ Wechselkurs (Preisnotierung) am 31.12.1998	1,6763 DM/US-\$
3. Schritt	Gegenwartswert (GG) des nationalen Währungsbetrages in US-\$	$GG = 0,6242 \text{ DM} / 1,6763 \text{ DM/US-}\$$ $= 0,3723677 \text{ US-}\$$
4. Schritt	Schritte 1 bis 3 für alle im ECU-Währungskorb enthaltenen Währungen	$\sum GG_i = 1,16675 \text{ US-}\$/\epsilon$
5. Schritt	Ermittlung des Wechselkurses DM zum € durch Multiplikation von (4) und (2)	$1,6763 \text{ DM/US-}\$ \cdot 1,16675 \text{ US-}\$/\epsilon$ $= \mathbf{1,95583 \text{ DM}/\epsilon}$

- b) Die Umstellung DM zu € ist nur ein buchungstechnischer Vorgang, der zu keinen Wertverlusten oder Wertzuwächsen führen soll. Dies wäre der Fall, wenn aus Gründen des leichteren „Kopfrechnens“ ein Wechselkurs von 2 DM = 1 € gewählt würde.

Größe	Gültiger Wechselkurs: 1,95583 EM = 1 €	Vereinfacht: 2 DM = 1 €	Nachteil für
Einkommen: 2.000 DM	1.022,58 €	1.000 €	Einkommensbezieher
Kredit: 5.000 DM	2.556,46 €	2.500 €	Kreditgeber
Miete: 1.000 DM	511,29 €	500 €	Vermieter
1 Liter Milch: 1 DM	0,511 €	0,50 €	Verkäufer

Fallbeispiel 11.4: Kosten und Nutzen einer regionalen Zusammenarbeit von Staaten (++)
Lösungshinweise:

1)

		Staat B	
		kein gemeinsamer Markt	gemeinsamer Markt
Staat A	kein gemeinsamer Markt	A: 0 B: 0	A: 7 B: $7 - 10 = -3$
	gemeinsamer Markt	A: $7 - 10 = -3$ B: 7	A: $7 + 7 - 10 = 4$ B: $7 + 7 - 10 = 4$

Summe der einzelnen Felder:

0	4
4	8

Es wäre aus kollektiver Sicht also vernünftig, einen gemeinsamen Markt einführen. Für jeden Staat fallen zwar 10 Mrd. € Kosten an, gleichzeitig entstehen jedoch zweimal 7 Mrd. € Gewinn für jeden Staat, in der Summe 8 Mrd. € und für jeden Staat 4 Mrd. €. In der Praxis kann es jedoch dazu kommen, dass jeder Staat zunächst abwartet, bis der andere Staat den Markt öffnet. In diesem Fall ist der Gewinn mit 7 Mrd. € höher, da keine Kosten anfallen. Um eine kollektiv vernünftige Lösung zu erhalten, sind übergeordnete Instanzen wie die EU notwendig.

2)

Diskussion:

	Vorteile	Nachteile
Handel	<ul style="list-style-type: none"> • freier Zugang zu allen EU-Märkten, größere Absatzmärkte • für Konsumenten Produktvielfalt • keine Gefahr von protektionistischen Maßnahmen anderer EU-Länder • geringere Transaktionskosten 	<ul style="list-style-type: none"> • größerer Wettbewerb
Kapitalverkehr	<ul style="list-style-type: none"> • größere Attraktivität für ausländische Investoren 	<ul style="list-style-type: none"> • Kapitalflucht • Standortkonkurrenz
Migration	<ul style="list-style-type: none"> • freier Zugang zu allen Arbeitsmärkten, dadurch: • geringere Arbeitslosigkeit • Know-how-Transfer bei Rückwanderung 	<ul style="list-style-type: none"> • Verlust qualifizierter Arbeitskräfte • Lohndumping • höhere Arbeitslosigkeit einheimischer Arbeitskräfte
Transfers	<ul style="list-style-type: none"> • Nettoempfänger 	<ul style="list-style-type: none"> • Nettozahler • Verteilungskämpfe

Fallbeispiel 11.5: Konvergenzkriterien in der EWU (0)
Lösungshinweise:

- 1) Konvergenz im Sinne von Angleichung oder Annäherung zielt darauf ab, dass die Mitgliedsländer ihre Wirtschaftsentwicklung und Wirtschaftspolitik durch gemeinsame Vorgaben vergleichbar und damit auch abstimmbar und kontrollierbar machen. Die **strukturelle Konvergenz** bezeichnet die Angleichung der Konsum- und Produktionsmuster sowie institutionelle Veränderungen, die sich vorteilhaft auf die Fähigkeit der Länder auswirken, externe Störungen aufzufangen. Dazu zählen z. B. die Integration der Arbeitsmärkte, die Annäherung der steuerpolitischen Rahmenbedingungen und die Beseitigung von Marktbarrieren auf den Gütermärkten. Die **reale Konvergenz** bezieht sich auf die Verringerung der Unterschiede bei Kenngrößen wie z. B. BIP-pro-Kopf, Lebensstandard und Arbeitslosenquote. Die Bedeutung dieser Kriterien liegt auf der Hand, insbesondere mit Blick auf die wirtschaftlichen Unterschiede der Mitgliedstaaten in der EU bzw. EWU.

2)

Land	langfristiger Nominalzins	Inflationsrate	laufendes Defizit im Haushaltsjahr in %	Schuldenstand in %	BIP ^{nom} in Mrd. €
1	7%	4%	4%	50%	500
2	6%	3%	2,5%	60%	2.000
3	8%	5%	3,33%	58,67%	750
4	6%	2%	3%	70%	1.000
5	6%	2,5%	1,67%	58,33%	600
6	8,5%	5,5%	5%	50%	1.000
Referenz	8%	4%	3%	60%	

Bei einer strengen Auslegung könnten nur die Länder 2 und 5 an der EWU teilnehmen.

3)

Größe	Land 1	Land 2
Defizitquote	$50 / (2.000 \cdot 1,05) \cdot 100 = 2,38\%$	$25 / (1.000 \cdot 1,2) \cdot 100 = 2,08\%$
Schuldenstandsquote	$1.200 / (2.000 \cdot 1,05) \cdot 100 = 57,1\%$	$600 / (1.000 \cdot 1,2) \cdot 100 = 50\%$

Defizit- und Schuldenstandsquote werden auf das nominale BIP bezogen. Land 2 erzielt „bessere Ergebnisse“, da das nominale BIP als Bezugsgröße inflationär aufgebläht wird.

- 4) Es gilt folgender Zusammenhang zur Ableitung des 3%-Kriteriums:

BD = Haushaltsdefizit	B = Schuldenstand	g = nominales BIP-Wachstum
$BD/Y = g \cdot (B/Y)$		

Liegt das BIP-Wachstum bei 3 Prozent, darf das maximale Defizit nur bei 1,8 Prozent liegen:

$$0,018 = 0,03 \cdot 0,6$$

Fallbeispiel 11.6: Aufbau und Unabhängigkeit des ESZB (0)
Lösungshinweise:

1) EZB-Rat, EZB-Direktorium, erweiterter EZB-Rat

2)

Unabhängigkeit	Merkmal
funktionell	klare Bindung an das Ziel der Preisniveaustabilität (Verfassungsrang)
institutionell	keine Weisungen von Dritten möglich; rechtliche Verankerung der Zentralbankautonomie
operativ	alleinige Entscheidungsfreiheit über den Einsatz geldpolitischer Instrumente
personell	lange Amtszeit des/der Präsidenten(in) ohne Möglichkeit der Wiederwahl; Entlassungsmöglichkeit nur bei groben Verstößen gegen Regeln
finanziell	ausreichende finanzielle Mittel, um Aufgaben erfüllen zu können

3) Das Abschaffen der Autonomie des ESZB erfordert eine Einstimmigkeit aller Staats- und Regierungschefs und Ratifizierung dieser Veränderung des EU-Vertrags durch alle Mitgliedstaaten nach den in den Staaten üblichen Verfahren.

Fallbeispiel 11.7: Zielprioritäten des ESZB (+)
Lösungshinweise:

1)

Kursanstieg:

Erhöhung des Leitzinssatzes, um Kapitalimporte in die EWU zu locken; dadurch erhöht sich das Devisenangebot an US-\$, der US-\$ wertet ab und der € auf.

Stimulierung des Wirtschaftswachstums: hier wäre eine Zinssenkung hilfreich

Preisniveaustabilität: hier wäre eine Zinserhöhung (restriktive Geldpolitik) notwendig

2) Das ESZB kann für den gesamten EWU-Raum nur einen Zins vorgeben, d.h. keine differenzierte Zinspolitik verfolgen. Es muss als Zielprioritäten setzen.

3) Preisniveaustabilität, da diese Verfassungsrang hat. Nur wenn dieses Ziel nicht verletzt wird, könnten auch andere Ziele verfolgt werden.

